

Reichel Dorothea
Friedlgasse 53
1190 Wien

Wien, 21.1.1992

Betr.: Beschwerde – Hermann Ussner – Staatsvertrag
Menschenrechtsverletzung / Verhaftung

Ich beziehe mich höflichst auf mein Ihnen übermitteltes Schreiben vom 12.1.. Mittlerweile haben mir zahlreiche und großteils nicht politisch tätige bzw. vielfach andersdenkende Persönlichkeiten aus dem sehr, sehr großen Bekanntenkreis Herrmanns versichert, daß sie ebenso felsenfest von seiner Unschuld überzeugt sind wie ich; wobei sie diese ihre Überzeugung mit der Zunahme des Spektakels der vergangenen Tage verstärkt bekräftigten.

Gerade die Artikel 6 und 9 des Staatsvertrages, den maßgebliche Mitglieder der Regierung formell außer Kraft setzen wollen bzw. Andere wohl schon seit Jahren unbeachtet lassen, scheinen eingangs einige Zitate aus der Broschüre „Der Nationalsozialismus“ von Walter Hofer, Fischer-Bücherei 1957 zu erfordern. Dieser schreibt im Kapitel „Das nationalsozialistische Herrschaftssystem“ unter anderem: „.....Was...vorschwebte, war der totale Staat, eine Staats- und Gesellschaftsordnung, die den Gegenpol zur liberalen Demokratie darstellt. Während diese danach trachtet, die staatsfreie Sphäre des Individuums, des einzelnen Bürgers, möglichst weit zu halten, ist die Entwicklung zum totalen Staat dadurch gekennzeichnet, daß der individuelle Spielraum des einzelnen Staatsbürgers immer mehr eingeschränkt und schließlich ganz beseitigt wirdDer Bürger wurde nicht nur politisch entmündigt und entrechtet.....sodaß der Staatsbürger schließlich in seinem ganzen Dasein kontrolliert und dirigiert wurde.....Die gesamte.....erzieherische Tätigkeit mußte sich auf die herrschende Weltanschauung ausrichten..... aus dem politischen...Bewußtsein sollte eben die gesamte liberale, und demokratische, humanistische...Gedankenwelt ausgebrannt werden.....Die Schulen...wurden immer stärker mit gesinnungstreuen Professoren durchsetzt.....Zu diesem Zwecke mußte sie insbesondere jegliche Opposition gegen diesen Staate aufspüren und möglichst im Keime ersticken.....da gab es die Willkür der Polizei, die Mißhandlung der politischen Gegner, die Entrechtung und Verfolgung...die Unterdrückung und Verfolgung aller freien Regungen des Geistes...usw. usf.“

Ich glaube Sie können ermessen, was ich in den letzten Tagen durchgemacht und erlitten habe und daher verstehen, daß ich mich der obangeführten Vorgänge erinnerte und Ihnen die Zitate zur Kenntnis bringe. Was soll denn das für ein Rechtsstaat sein in dem man nachweislich 10 Tage hindurch keinen

Rechtsanwalt zu meinem Sohn läßt. Die Begründung es gebe keinen zuständigen Untersuchungsrichter steht doch im Widerspruch zu den primitivsten Menschenrechten. Davon abgesehen haben sich meine schlimmsten Befürchtungen zu den Haftbedingungen bewahrheitet. Bisher glaubte ich immer, daß die Untersuchungshaft in einer Demokratie mit möglicher Schonung von Person und Ehre zu vollziehen sei, erforderliche und erwünschte Besuche erleichtert würden, standesgemäße Beschäftigungen und Bequemlichkeiten zulässig seien etc. Die Realität der Behandlung politischer Gefangener in diesem Staate sieht wohl ganz anders aus und es sei die Frage erlaubt, worin der Unterschied zu den finstersten Kapiteln unserer Geschichte besteht. Bedenken Sie, daß meines Sohnes politisch-oppositionelle Ansicht im wesentlichen nur darin besteht, daß er sich zur deutschsprachigen Ethnie bekennt und für das freie nationale Bekenntnis, also das Grundrecht der Österreicher sich frei nach ihrer Wahl zu einer Nation (wie Nation der sozialistischen Weltrepublik, Nation Europa, Nation Schlaraffia, deutsche Nation, slowenische Nation, österreichische Nation, Nation Tirol, Ottakringer Nation usw.), Religion etc. zu bekenne, eintritt. Menschen, die dem Bürger ihr Recht auf freies Bekenntnis nehmen, das sind die wahren Neonazis und jene, die für freies Bekenntnis eintreten, sind die Demokraten und Liberalen. Jene die das Selbstbestimmungsrecht der Völker und Bürger geistig und real mißachten, das sind die Neonazis; Vertreter humanistischen Gedankengutes hingegen sind diejenigen, die für das Selbstbestimmungsrecht eintreten.

Nun einige Worte zur Pressekonferenz vom 17. Jänner. Die Dekoration jedenfalls war perfekt arrangiert. Daß aus meiner Wohnung keine NS-Flaggen und Waffen mitgenommen werden konnten, weil sich so etwas in meinem Haus bzw. in meines Sohnes Aufbewahrungsstellen nie befand, wurde natürlich nicht bekanntgegeben.

Eine bestimmte Manipulationsrichtung dürfte der Wahrheitsfindung vorgeordnet worden sein. Wie mir über Umwege mittlerweile zur Kenntnis kam und glaubwürdigst versichert wurde, gab es weder eine „Wehrsportgruppe Trenck“ noch „Bandenmitglieder“. Auch die Ausführungen zum „Tag X“, zum „Putsch“, zu den „Politikermorden“ sind haarsträubendste Unsinnigkeiten; jedenfalls in Zusammenhang mit meinem Sohn. Es liegt die Vermutung nahe, daß hier ein Bürger unserer Republik, nämlich mein Sohn, politisch entmündigt und entrechtet werden soll, indem die Verbindung der Ideale Baden-Powells mit den genauso demokratischen Ideal des freien nationalen Bekenntnisses vorsätzlich kriminalisiert wird. Der menschenrechtswidrige Antisemitismus wurde offenbar nur durch einen ebenso menschenrechtswidrigen Antigermanismus abgelöst; die Geisteshaltung, die dahinter steht, blieb leider die gleiche.

Die auf die Pressekonferenz aufgesetzte Medienkampagne stimmte besonders nachdenklich, da man sich unwillkürlich der berühmt-berüchtigten Gleichschaltung der Presse entsinnen mußte. Die „handfesten Konzepte“ sind wohl einzig und allein der wirklich strafbare Waffenbesitz des einen oder anderen jungen Waffennarren, der nicht nur in keinem Zusammenhang mit den pfadfinderischen Unterweisungen meines Sohnes sondern im Widerspruch dazu steht.

Hinsichtlich echter Waffen kann es keine wie auch immer geartete seriöse Verbindung zu meinem Sohn geben. Ein Wettschießen nach Praterart mit einem Luftdruckgewehr in einem Heim da hineinzukomponieren, ist fraglos mehr als perfid. Auch über die Methoden der Vernehmung und das Zustandekommen von Protokollen erfuhr ich mittlerweile einiges, das einen traurig stimmen muß. Dazu werde ich Ihnen nach Vorliegen weiterer Informationen gerne berichten.

Sie bitte ich nochmals höflichst um Intervention gegen die Kampagnen und die ungerechte Behandlung, die mein Sohn erdulden muß und um Ihre rasche Hilfe bei der Wiederherstellung der Freiheit und Menschenwürde meines Sohnes. Sorgen Sie bitte dafür, daß das offensichtliche behördliche Unrecht in Österreich, das sich wie ein roter Faden durch unsere Geschichte (Hexenprozesse, Verfolgung und Ermordung Andersdenkender in Gegenreformation, Monarchofaschismus, Austrofaschismus, Hitlerfaschismus usw.) zieht und im Falle meines Sohnes wieder erkennbar wird, im Sinne des Artikel 6 und 9 unseres Staatsvertrages endgültig beseitigt wird. Mögen die Signatarmächte des Staatsvertrages die österreichische Exekutive in Hinkunft genau kontrollieren und möge Österreich nicht über Menschenrechte in Serbien reden sondern zuallererst vor der eigenen Türe kehren.

Mit der Bitte um aufrechte Erledigung und vorzüglicher Hochachtung

Dorothea Reichel - Hussner

Information Schreiben 1 erging an Bundespräsident
Innenminister
Justizminister
Volksanwalt
Botschafter der
Signatarmächte

Schreiben 2 erging an
Botschafter der Signatarmächte
Volksanwaltschaft
Institut f. Menschenrechte
Prof Ermacora
HelsinkiFöderation
Liga f. Menschenrechte
Dr. Waldheim
Dr. Michalek
Kr. Ing. Sucher
Dr. Harald Ofner
Dr. Michael Graff
Hans Dichand